



«Die Schweiz ist für die anderen Länder ein Unsicherheitsfaktor»

Die Kantone wollten klären, wer für die Abwehr von Drohnen zuständig sei, sagt die Mitte-Politikerin Karin Kayser-Frutschi. Gleichzeitig fordert sie mehr Geld für die Sicherheit. Denn hybride Angriffe würden massiv zunehmen, sagt sie im Gespräch mit Selina Berner

Es ist ein beunruhigender Ausblick auf die kommenden Jahre: Drohnenüberflüge, Sabotageakte und Spionage könnten europaweit deutlich zunehmen, sagte der neue Direktor des Nachrichtendienstes Serge Bavaud, kürzlich an einer Medienkonferenz warnend. Für hybride Angriffe unterhalb der Kriegsschwelle sind die Kantone zuständig mit Polizeikörpern, Bevölkerungsschutz und Rettungsorganisationen. Doch die Zuständigkeiten seien oft zu wenig klar, sagt Karin Kayser-Frutschi, die Präsidentin der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren (KKJPD), im Interview warnend.

Frau Kayser-Frutschi, moderne Kriege werden heute mit Drohnen geführt, auch europäische Flughäfen wurden wegen Drohnenalarm bereits diverse Male lahmgelegt. Von den Schweizer Polizeikörpern haben heute aber nur die wenigsten Mittel zur Abwehr. Wie kann das sein?

Drohnen wurden von Polizeikörpern, Feuerwehren oder Rettungsorganisationen bisher vor allem als eines gesehen: als Chance. Wir haben in den letzten Jahren Kleindrohnen für die unterschiedlichen Bedürfnisse der Sicherheitsorganisationen beschafft. Doch die Abwehr, die dadurch begründet ist, dass jemand biswilling Drohnen gegen uns einsetzt, stand lange nicht im Fokus.

Warum nicht? Im Krieg in der Ukraine werden Drohnen seit Jahren als Waffe eingesetzt. Das stimmt. Aber in der Schweiz gab es bisher kaum sicherheitsrelevante Vorfälle.

Man reagiert also erst, wenn etwas passiert?
Nein, die Kantone sind sich bewusst, dass diese Bedrohung real ist und höchstwahrscheinlich zunehmen wird. Ich habe deshalb einen Vorstoss im Sicherheitsverbund Schweiz eingebracht – wo die Kantone und der Bund sich strategisch zu Sicherheitsfragen absprechen. Er verlangt eine nationale Auslegung und dass Zuständigkeiten geklärt werden. Wir brauchen für diese Problematik neue Rechtsgrundlagen.

Das Parlament hat letzte Woche einen ähnlichen Vorstoss angenommen. Kommt man mit dieser Grundlagearbeit nicht viel zu spät?
Wir müssten definitiv schon weiter sein. Umso dringlicher ist, dass wir uns jetzt absprechen. Sonst haben wir am Schluss 26 kantonale Drohnengesetzgebungen und noch mehr Unsicherheit.

Warum ist es so schwierig, zu klären, wer wann zuständig ist?
In den Kantonen geht es um den Schutz kritischer Infrastrukturen wie Atomkraftwerke, Bahnhöfe oder Spitäler. Auf den ersten Blick ist es einfach: Die Betreiber der Einrichtungen sind selbst für den Schutz verantwortlich. Doch es stellen sich diverse Detailfragen: Dürfen die Betreiber notfalls eine unbekannte Drohne abschliessen? Falls ja: Wann genau und womit? Falls die Betreiber Drohnen nicht abschliessen dürfen: Wer soll es dann tun, die Polizei? Bei militärischen Bedrohungen wäre die Armee zuständig. Aber erkennt man solche früh genug? Sie sehen: Das Thema ist komplex, und wir müssen die Fragen jetzt klären. Wenn uns Drohnen angreifen, können wir es uns nicht leisten, zuerst darüber zu diskutieren, wer zuständig ist.

Ausser um die Zuständigkeit geht es ums Geld. Der Verteidigungsminister Martin Pfister will die Mehrwertsteuer um 0,8 Prozentpunkte erhöhen für die Armee und will mehr Personal bei zivilen Sicherheitsorganisationen. Bis jetzt sind fast alle Parteien gegen diesen Vorschlag.



«Sämtliche Ausgaben des Bundes müssen auf ihr Sparpotenzial überprüft werden», sagt Karin Kayser-Frutschi.

heitsorganisationen. Bis jetzt sind fast alle Parteien gegen diesen Vorschlag. Die ersten Reaktionen sind tatsächlich ermutigend, wieder fängt ein politisches Hückback an. Dabei ist klar: Sicherheit muss jetzt Priorität haben, nicht Parteiprogramme. Aber anstatt Kompromissbereitschaft zu zeigen, haben die meisten Parlamentarier aufgeschrien, das Parteibüchlein ausgepackt und sich darauf ausgerichtet. Das ist untragbar! Ich erwarte von den bürgerlichen Parteien, dass sie zusammenstehen und endlich eine Lösung finden. So, wie man früher Politik gemacht hat.

Vor einigen Jahren waren die Bürgerlichen noch kompromissbereiter? Viele Politiker, nicht nur bürgerliche, vertreten nur noch polarisierende Meinungen, anstatt aufeinander zuzugehen. Vielleicht ist der Mehrwertsteuervorschlag noch nicht die endgültige Lösung, aber er ist ein gangbarer Weg. Es gibt derzeit keinen Plan B – ausser: weniger Sicherheit. Das ist aus meiner Sicht inakzeptabel.

Bürgerliche Parteien wollen in anderen Bereichen zugunsten der Sicherheit sparen, beispielsweise bei der Entwicklungshilfe, der Kultur oder im Asylbereich. Ich halte dieses Gegeneinander-Ausspielen für den falschen Ansatz. Sicherheit entsteht nicht allein durch militärische oder polizeiliche Mittel. Auch Entwicklungszusammenarbeit, kulturelle Institutionen und eine funktionierende Integrationspolitik leisten letztlich einen Beitrag für den Zusammenhalt und die Resilienz der Gesellschaft. Diese Bereiche sind ebenso wichtig für unsere Sicherheit.

Es gibt also nirgendwo Sparpotenzial? Das sage ich nicht.

Wo könnte denn gespart werden? Sämtliche Ausgaben des Bundes müssen auf ihr Sparpotenzial überprüft werden. Einseitige Kahlschläge werden langfristig negative Auswirkungen haben. Zudem ist die internationale Sicherheitslage nicht hausgemacht, sie wird uns von aussen auferlegt. Deshalb sehe ich eine separate Finanzierung, wie die Mehrwertsteuererhöhung, als gute Lösung an.

... aber dass man die Sicherheit über Jahrzehnte vernachlässigt hat, ist doch hausgemacht. Ja, das muss sich nun ändern, denn der Handlungsbedarf ist akut. Sowohl bei der inneren wie auch bei der äusseren Sicherheit.

Erste Umfragen zeigen allerdings: Die Bevölkerung will keine höheren Steuern für die Sicherheit bezahlen. Sicherheit ist eine Investition für die Bevölkerung – und in keinem Fall zu ihren Lasten. Hier wird die Politik viel Überzeugungsarbeit leisten müssen.

Liegt die Ablehnung nicht vor allem daran, dass das Gros der Menschen wenig spürt von der verschlechterten Sicherheitslage?

Ich gebe Ihnen recht, die Schweiz mag für viele noch wie eine Insel der Glückseligen wirken – trotz der Rückkehr zur reinen Machtpolitik und zu Kriegen wie in der Ukraine oder im Nahen Osten. Doch der Schein trügt. Wir erleben in den Kantonen eine massive Zunahme von Cyberangriffen und Spionagevorfällen. Das sind keine abstrakten Bedrohungen, sondern faktische Angriffe.

Wo wird spioniert? Dort, wo Wissen, Technologie oder heikle Daten vorhanden sind – also bei Forschungsinstitutionen, innovativen Unternehmen, kritischen Infrastrukturen und in staatlichen Verwaltungen. Das geschieht häufig digital über Cyberangriffe, aber auch durch klassische Auskundschaftung vor Ort, etwa durch systematisches Beobachten oder Fotografieren sensibler Anlagen. Als offene Gesellschaft sind wir ein attraktives Ziel für hybride Angriffe. Dessen müssen sich insbesondere zivile Sicherheitsorganisationen bewusst sein. Denn die Armee kann uns nicht mehr in jedem Fall unterstützen. Sie muss sich nun auf ihre Hauptaufgabe konzentrieren: die Landesverteidigung. Für die Kantone heisst das: Wir müssen aufhören mit «Generalistenpolizeien».

Was meinen Sie damit? Es ist ineffizient, wenn in einem so kleinsten Land alle Polizeikörper alles abdecken können. In der Innerechtlichen haben wir deshalb begonnen, Fachwissen aufzuteilen. Nidwalden etwa spezialisiert sich auf Einsätze auf dem Wasser und Obwalden auf die alpine Rettung. Mit Luzern planen wir eine gemeinsame Einsatzzentrale, weil Bedrohungen nicht an Kantonsgrenzen Halt machen. Sicherheit entsteht heute durch geschickte Kooperation, nicht durch kantonales «Silodenken». Auch andere Regionen müssen in diese Richtung gehen, denn so steigern wir trotz beschränkter Ressourcen unsere Schlagkraft.

In der sicherheitspolitischen Strategie des Bundesrates ist die Rede von der «umfassenden Sicherheits». Die innere Sicherheit ist dabei ein Pfeiler mit Bevölkerungsschutz und Polizei, die gestärkt werden sollen. Das bestätigt, was wir schon lange sagen: Das eine geht nicht ohne das andere. Denn was wollen wir mit der Landesverteidigung gegen Gefahren von aussen schützen, wenn die innere Sicherheit nicht vorhanden ist? Wir Kantone verorten den grossen Teil der inneren Sicherheit, deshalb brauchen wir klare

Rollens und eine enge Abstimmung mit dem Bund. Das hat sich spätestens bei der Flüchtlingswelle 2015 deutlich gezeigt.

Inwiefern? Wenn bei den Erstanlaufstellen des Bundes entschieden wurde, Schutzsuchende schneller an die Kantone weiterzugeben, kamen wir in die Bredouille. Deshalb sind vorherige Absprachen essenziell. Die Kantone spüren solche Entscheide in ihren Regionen.

Sie waren in diesem Jahr zum ersten Mal an der Münchner Sicherheitskonferenz. Würden Sie wie Verteidigungsminister Pfister scharf kritisiert für die tiefen Investitionen in die Schweizer Sicherheit?

Nein, ich habe Bundesrat Beat Jans und seine Delegation des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes begleitet. Wir haben uns zu Themen der inneren Sicherheit mit Vertretern von Europa, der Polizeibehörde der Europäischen Union, getroffen. Dabei wurde mir allerdings bewusst: Die Schweiz ist für die anderen Länder ein Unsicherheitsfaktor. Wir sind zwar nicht Teil der EU oder der Nato, aber befinden uns mitten in Europa. Wir müssen uns mehr bemühen und den Partnerländern zeigen, dass wir wirkungsvoll mit ihnen zusammenarbeiten möchten. Heute erhalten wir darum etwa nicht alle wichtigen Informationen, die die Kantonspolizeien brauchen würden, um Gefahren rechtzeitig zu erkennen.

Sie konnten sich auch länger mit der belgischen Justizministerin austauschen. Was hat Ihnen das gebracht?

Die nördlichen Länder mussten schlimme Erfahrungen mit gewalttätigen Clans machen, die die innere Sicherheit gefährdet haben. Auch bei uns ist das ein aktuelles Thema. Die belgische Justizministerin hat offen über die Situation gesprochen und darüber, wo die Behörden rückblickend Fehlentscheidungen gemacht haben.

Wo? In der Flüchtlingswelle von 2015/16 hat Belgien eine Polizeireform gestartet, die Zuständigkeiten neu regeln sollte. Das System der inneren Sicherheit war in dieser Zeit geschwächt, denn auch staatliche Institutionen wie etwa Aufnahmezentren für Geflüchtete wurden privatisiert. Es entstand ein Nährboden für Drogen-Clans aus dem Balkan in den Vororten grosser Städte. Die geflüchteten Personen vernetzten sich schnell, und so entstanden Parallellgesellschaften.

Welche Schlüsse ziehen Sie daraus für die Schweiz?

Wir müssen die Situation beobachten und beispielsweise raumplanerisch reagieren, wenn sich in einzelnen Quartieren problematische soziale Konzentrationen entwickeln. Einige Städte gehen diesen Weg bereits: Gebäude werden gezielt renoviert, Quartiere aufgewertet und die soziale Durchmischung gefördert. So lässt sich verhindern, dass sich kriminelle Strukturen dauerhaft festsetzen. Dieses Vorgehen gilt es konsequent weiterzuführen. Der internationale Austausch – wie kürzlich in München – ist dabei wertvoll. Wir können von den Erfahrungen anderer Länder lernen, bevor ähnliche Probleme bei uns akut werden.

Wollen alle Kantone dieses Problem anpacken oder nur jene mit grossen Städten?

Die Problematik anerkennen alle. Jedoch geht es nicht nur um Raumplanung. Sie hilft, aber sie ersetzt keine Sicherheitspolitik. Auch frühe Integration, klare Zuständigkeiten, konsequente Strafverfolgung und ein funktionierender Informationsaustausch sind essenziell.

«Viele Politiker vertreten nur noch polarisierende Meinungen, anstatt aufeinander zuzugehen.»

Direktorin für Justiz und Sicherheit

... Karin Kayser-Frutschi (Mitte) ist seit rund zwölf Jahren Justiz- und Sicherheitsdirektorin des Kantons Nidwalden. Zudem leitet sie seit April 2023 die KKJPD, zuerst im Co-Präsidium, seit dem vergangenen Jahr allein. Ursprünglich hat sie eine Lehre als Gärtnerin gemacht, sich dann unter anderem zur Winzerin weiterbilden lassen und eine Rebschule geleitet. Zudem war sie Mitgründerin und Leiterin des Waldkindergartens Naturiamo Nidwalden, das die erste Gemeindepräsidentin von Oberdorf.